

Zeichen gegen Abschottung

Ab Frühjahr 2023 im Mittelmeer: Organisation Sea-Watch stellt in Hamburg neues Rettungsschiff in Dienst. **Von Kristian Stemmler**

Thomas Scheible deutet auf Doppelbetten aus Metall, die in der Schiffskabine aufgestellt sind. »Das wird die recovery area, also ein Rückzugsraum«, erklärt er. Es ist schwer vorstellbar, aber schon bald werden Mütter und ihre Kinder in diesem Bereich versuchen, sich von den Schrecken der versuchten Überfahrt nach Europa in nicht seetüchtigen Booten zu erholen. Der Kölner Scheible, der zur Mannschaft der Organisation Sea-Watch gehört, führt eine Gruppe über die »Sea-Watch 5«, die ab dem kommenden Frühjahr als größeres, schnelleres und effizienteres Rettungsschiff im Mittelmeer für den Berliner Verein im Einsatz sein wird.

An diesem sonnigen Donnerstag im November an der Hamburger Überseebücke, bei der Taufe des Schiffes mit rund 150 Journalisten und Gästen, ist der Horror, den Geflüchtete tagtäglich auf dem Mittelmeer erleben, weit weg und zugleich bedrückend nah. In den Ansprachen wird auf die Lage dort Bezug genommen, die sich seit dem Amtsantritt der neuen rechten Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in Italien verschärft hat. Zum Zeitpunkt der Taufe hindert die Regierung drei Rettungsschiffe mit knapp 1.000 Geretteten an Bord am Einlaufen (mittlerweile durften zwei Schiffe einlaufen, aber nicht alle Flüchtlinge durften an Land).

In einer Pressemitteilung zur Taufe stellt Sea-Watch klar, dass man sich von der italienischen Rechtsregierung nicht in die Knie zwingen lassen wird. Das neue Schiff des Vereins sei »eine Kampfansage an all jene, die auf dem zentralen Mittelmeer Menschenrechte missachten«, heißt es in der Mitteilung. Während die »radikal rechte Regierung« in Italien versuche, »Migration als Spielball neofaschistischer Politik zu nutzen«, schicke Sea-Watch als Antwort ein weiteres Rettungsschiff in den Einsatz. »Gerade jetzt stehen wir an der Seite derer, die europäische Staaten lieber ertrunken als in



Taufe des Rettungsschiffes in Hamburg (3.11.2022)

ihren Häfen sehen wollen«, wird Sea-Watch-Sprecherin Mattea Weihe in der Mitteilung zitiert.

Seit sieben Jahren engagiert sich Thomas Scheible für Sea-Watch, hat inzwischen seine Papiere als Matrose, wie er dem jW-Reporter bei der Führung von Taufgästen übers Schiff erzählt. Er beantwortet alle Fragen ohne Probleme. Bei dem 58 Meter langen Schiff handle es sich um einen früheren Versorger von Bohrplattformen, der zum Schluss als »Emergency Response Ship« eingesetzt worden sei. Bei Bränden oder anderen Notfällen habe das Schiff Arbeiter von den Plattformen geholt. »Darum sind die Betten und andere Teile, die wir gebrauchen können, bereits an Bord«, so Scheible.

Noch müsse das zwölf Jahre alte Schiff umgebaut werden und werde dafür ins dänische Hirtshals verlegt, anschließend nach Flensburg. Dort werde zum Beispiel die Messe, der Aufenthaltsraum für die Crew, vergrößert. Diese umfasse etwa 32 Personen,

erläutert Scheible, ein Drittel davon professionelle Seeleute, zwei Drittel Ehrenamtliche. Auf der Werft wird auch das Achterdeck, auf dem die Geretteten untergebracht werden, einen neuen Holzboden bekommen. Die »Sea-Watch 5« sei für rund 500 Gäste gedacht, wie die geretteten Flüchtlinge an Bord bezeichnet werden – »aus Respekt«, wie Scheible betont. Das seien etwa doppelt so viele wie auf der »Sea-Watch 3«, das für den Verein derzeit auf dem Mittelmeer im Einsatz ist.

Auf dem neuen Schiff soll alles besser werden. Auf der »Sea-Watch 3« habe man zum Beispiel für die Geflüchteten keine vernünftige Küche. »Da hat buchstäblich der Erste wieder Hunger, wenn der Letzte sein Essen bekommen hat«, erklärt Scheible. Auf der »Sea-Watch 5« soll noch ein Container aufgestellt werden, in dem dann ein großer Konvektomat installiert wird, ein Heißluftofen, der Speisen mit Dampf gart.

Bei der Taufe ist auch die evangelische Kirche mit von der Partie – über

das im Sommer 2019 gegründete Bündnis United for Rescue. Die »Sea-Watch 5« ist das dritte Schiff, das vom Bündnis, dem rund 850 Organisationen und Gruppen angehören, mitfinanziert wird. Das Rettungsschiff sei der »schwimmende Beweis« dafür, wie viel starke Netzwerke bewegen könnten, erklärt der Berliner Bischof Christian Stäblein, Beauftragter des Rates der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) für Flüchtlingsfragen, in seiner Ansprache. Das Sterben auf dem Mittelmeer und an den Grenzen Europas sei »keine Naturkatastrophe«, sondern eine »humanitäre Katastrophe, die politisch gemacht ist und an die wir uns nicht gewöhnen wollen und nicht gewöhnen werden«. An den Außengrenzen Europas entscheide sich, ruft der Bischof aus, »was für ein Europa wir sind und sein wollen«. Die »Sea-Watch 5« werde Leben retten und setze »ein Zeichen gegen die todbringende Abschottungspolitik«.

Hintergrund Tödliche Folgen

Von der »scheibchenweisen Abschaffung des Flüchtlings-schutzes in Europa« spricht die Hilfsorganisation Pro Asyl in einer Mitteilung vom Montag. Abseits der öffentlichen Wahrnehmung werde der Abbau des europäischen Asylsystems geplant. Mit neuen Instrumenten wie der sogenannten Instrumentalisierungs- und Screeningverordnung sollen, so Pro Asyl, Flüchtlinge umfassend entrechtet werden. Was derzeit in Italien unter der neuen, von Faschisten dominierten Regierung in Sachen Flüchtlingspolitik geschieht, ist insofern zwar besonders dramatisch – es ordnet sich aber ein in die Abschottungsagenda der EU.

Die hat nach wie vor tödliche Folgen. So sind nach Schätzungen in diesem Jahr bereits 1.762 Geflüchtete auf dem zentralen Mittelmeer ertrunken (Stand vom 24. Oktober). Die Zahl aus dem Vorjahr von geschätzt 2.048 Todesfällen dürfte demnach wohl 2022 mindestens erreicht, wenn nicht übertroffen werden. Damit sind die Hoffnungen auf einen erneuten Rückgang der Zahlen offensichtlich passé. Nach einem Höchststand Ertrunkener im Jahr 2016 (geschätzt 5.136) war diese Zahl in den Folgejahren kontinuierlich zurückgegangen auf 1.448 in 2020.

Nach wie vor arbeiten die EU und ihre Grenztruppe mit der sogenannten libyschen Küstenwache zusammen, bei der es sich nach Erkenntnissen der NGOs um kriminelle Banden handelt. Wie es in einem Jahresbericht von Sea-Watch heißt, gibt die EU-Agentur Frontex zum Beispiel Erkenntnisse von Drohnen über den Standort von Booten der Flüchtlinge an diese Banden weiter, die die Boote dann aufspüren und die Flüchtlinge zur Umkehr zwingen. In Libyen sind sie Willkür, Ausbeutung und Unterdrückung ausgeliefert. Immer noch existieren Internierungslager.

(kst)

»Zuweisung eines sicheren Hafens wurde verzögert«

Rettungsorganisation will italienische Behörden nicht aus Verantwortung entlassen. **Ein Gespräch mit Wasil Schauseil**

Wie ist die Lage an Bord Ihres Rettungsschiffes »Humanity 1«, dem italienische Behörden zunächst die Einfahrt in den Hafen Catania untersagt hatten?

Von den 179 Menschen, mit denen die »Humanity 1« am Sonnabend in den Hafen von Catania einfuhr, haben 144 das Schiff verlassen. Alle wurden von zwei Mitarbeitenden des italienischen Gesundheitsministeriums untersucht, dabei wurden zunächst 36 Menschen als »gesund« deklariert. Eine der Personen brach daraufhin zusammen und musste mit dem Krankenwagen abgeholt werden. So verbleiben 35 Menschen an Bord, denen die italienischen Behörden bis jetzt verweigern, an Land zu gehen.



Wasil Schauseil gehört zum Presseteam der Organisation SOS Humanity

Die Menschen sind niedergeschlagen, einige essen unregelmäßig oder gar nicht. Die medizinische Untersuchung durch die Behörden war vollkommen unzureichend. In vielen Fällen gab es keine Übersetzung, eine psychologische Begutachtung fand erst gar nicht statt.

Das ist inakzeptabel und in völliger Missachtung der Tatsache, dass die Menschen gerade erst aus Seenot gerettet wurden und zuvor verschiedene Formen von Gewalt in Libyen erfahren hatten.

Sie wollen den italienischen Staat verklagen. Warum?

Das Vorgehen der Behörden basiert auf einem unrechtmäßigen Dekret, das von der italienischen Regierung gegen die »Humanity 1« ausgesprochen wurde. Das Dekret verbietet dem Schiff, länger

in italienischen Hoheitsgewässern zu verweilen, als es »für Rettungs- und Hilfsmaßnahmen für Menschen in Notlagen und in prekären Gesundheitszuständen erforderlich ist«. Alle an Bord des Schiffes verbliebenen Personen müssten die Territorialgewässer Italiens verlassen. Das käme einer illegalen kollektiven Ausweisung – einem Pushback – gleich. Das werden wir nicht zulassen.

Der Kapitän wurde am Sonntag angewiesen, dem Dekret Folge zu leisten und den Hafen mit den verbleibenden 35 Menschen an Bord zu verlassen. Auf seine Weigerung hin wurde eine Geldstrafe von bis zu 50.000 Euro angedroht. Das Dekret an sich ist im Kern illegal, es widerspricht sowohl dem internationalen Seerecht als auch der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention. Wir gehen daher vor dem Verwaltungsgericht in Rom gegen das Dekret vor.

Die neue ultrarechte Regierung Italiens hat den Kurs gegenüber den NGOs weiter verschärft. Wie wollen Sie Ihre Arbeit fortsetzen angesichts dieser Lage?

Wir werden unsere Arbeit auf jeden Fall fortsetzen und die italienischen Behörden nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Sicher müssen wir uns mit der neuen italienischen Regierung jedoch auf einiges gefasst machen. Es wird nicht der letzte Versuch sein, unsere oder die Arbeit anderer Seerettungsorganisationen zu behindern und zu diffamieren. Wir sehen auch andere europäische Staaten in der Pflicht, sich für die ungehinderte Arbeit der zivilen Flotte einzusetzen. Ebenso steht die Europäische Kommission in der Pflicht, die Einhaltung europäischen Rechts von den Mitgliedstaaten einzufordern. Unabhängig davon ist für uns jedoch klar, dass wir unsere Rettungseinsätze fortführen werden. Unter keinen politischen

Umständen werden wir tatenlos dabei zusehen, wie täglich Menschen auf der Flucht vor den Toren Europas ertrinken.

Gibt es Alternativen für die Rettungsschiffe, etwa Malta oder andere Anrainer?

Alle Küstenstaaten Europas haben die Pflicht, in Seenot geratenen Menschen Hilfe zu leisten. Und für Rettungen im zentralen Mittelmeer gilt das in erster Linie für Malta und Italien. Diese sind und bleiben in der Pflicht, Rettungen zu koordinieren, Informationen weiterzugeben sowie einen sicheren Hafen zuzuweisen. Der Pflicht nach Koordination und Information kamen die relevanten Seenotleitstellen während unseres derzeitigen und des letzten Einsatzes nicht nach. Die Zuweisung eines sicheren Hafens wurde lange verzögert, und die aktuelle Strategie der italienischen Regierung bedeutet eine weitere Eskalation, gegen die wir uns wehren.

Interview: Kristian Stemmler